

Kulturbegriffe und Kulturkonzepte

Autor(en): Thomas Morscher

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/6c268f97-e9fb-4b3a-90f1-2a18b28f1369>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Leitbilder oder Leidbilder? Staatliche Kulturpolitik in Diskussion

Ein Blick zurück

Nach der letzten kulturpolitischen Gesamt-schau der Basler Regierung, dem «Bericht über die staatliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt» im Juli 1986, konnten der Kulturszene wichtige Impulse verliehen und nachhaltige positive Veränderungen eingeleitet werden. So etablierten sich mit staatlicher Hilfe mehrere Chöre, Orchester, Konzertveranstalter und Ausbildungsstätten (Basler Madrigalisten, basel sinfonietta, Knabenkantorei, Internationale Gesellschaft für Neue Musik IGNM, Serenata, Musikwerkstatt). Die Kulturwerkstatt Kaserne entwickelte sich vom Zentrum experimenteller Kultur zum professionellen Kulturbetrieb mit internationalen Gastspielen und Festivals, und aus dem fruchtbaren Korn der alten Stadtgärtnerei erwachsen der «Werkraum Schlotterbeck» und in dessen Nachfolge «Bell» und «Wardeck pp». Ausgebaut wurden auch die Dienstleistungen für die Museen, insbesondere im Bereich der zentralen Werbung und der Museumspädagogik. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft wurde intensiviert und institutionalisiert, unter anderem durch Schaffung gemeinsamer Förderkredite und -gremien im Bereich Film, Video und Fotografie sowie bei Theater und Tanz.

Entsprechend dem Ausbau der staatlichen Kulturförderung erhöhten sich auch die laufenden kantonalen Ausgaben in diesem Bereich von 85 Millionen Franken im Jahre 1985 auf 135 Millionen Franken im Jahre 1993. Das Einverständnis in der Kulturpolitik zwischen den beiden Basler Halbkantonen führte auch zu einem verstärkten finanziellen Engagement des Baselbiets, welches seine festen Beiträge an die

Kulturveranstaltungen in der Stadt von 60 000 Franken im Jahre 1985 auf über 5 Millionen Franken im Jahre 1995 erhöhte.

Angesichts der bedrohlichen Staatsverschuldung im Budget 1993 setzte der Regierungsrat im Herbst 1992 den Sparhebel an, auch im Kulturbereich. Im Sinne der regierungsrätlichen «Legislaturziele 1993–1996» wurde für die Kulturförderung ein Sparkonzept beschlossen, das bis 1997 umzusetzen sei. Das Konzept sieht einen Rückgang der baselstädtischen Kultur-ausgaben von rund 10% des Volumens von 1993 vor. Der Ausgleich durch zusätzliche Beiträge des Kantons Basel-Landschaft ist dabei nicht berücksichtigt.

Durch die Sparvorgaben wurden bedeutende Umwälzungen in Gang gesetzt, an denen die Bevölkerung, vor allem beim Theater Basel und bei den beiden grossen Sinfonie-Orchestern, grossen Anteil nahm. Die Kultur wurde schlagartig vom selbstverständlichen zum kontrovers diskutierten Thema. Die Kritiken an den Sparvorgaben der Regierung waren mitunter massiv – Engstirnigkeit, mangelndes Kulturbewusstsein und vor allem kulturpolitische Konzeptionslosigkeit waren die häufigsten Vorwürfe. Dies führte schliesslich zum parlamentarischen Auftrag (Anzug Dr. Leonhardt Burckhardt und Konsorten) an den Regierungsrat, für Basel ein kohärentes und zukunftsweisendes Kulturkonzept zu erarbeiten. Man wollte – gerade auch in Sparzeiten – «die ganze Wurst sehen, nicht bloss die einzelnen Scheibchen!»

Leitbild-Prozesse

Im September 1994 begann eine vom Regierungsrat eingesetzte Expertengruppe unter der Leitung von Cyrill Häring, das im Programm

«REKABAS-Museen» vorgesehene «Leitbild für die Basler Museen» zu erarbeiten.

Der Abteilung Kultur des Erziehungsdepartementes kam die Aufgabe zu, ein Leitbild für die Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens zu entwerfen. Die Arbeiten wurden im Sommer 1994 aufgenommen und zielten von Anfang an auf die grösstmögliche Einbindung aller am Kulturleben Basels interessierten Personen und Institutionen. Im Vordergrund stand, einen Prozess auszulösen, Kultur und ihre staatliche Förderung zur Diskussion (wenn nicht zur Disposition) zu stellen; ein Konzept auf Papier – als Zwischen-Dokumentation des zukunftsgerichteten Prozesses – war ein erwünschtes Nebenprodukt.

Ein erster Roh-Entwurf der Abteilung Kultur wurde mit den Kulturschaffenden in den verschiedenen Fachkommissionen des Erziehungsdepartementes besprochen. Zahlreiche Streichungen, Umformulierungen, Ergänzungen waren die Folge intensiver Auseinandersetzungen mit und unter den einzelnen Mitgliedern. Ende November 1994 nahm die vom Erziehungsdepartement eingesetzte «Arbeitsgruppe Kulturleitbild» ihre Arbeit auf. Dieser Gruppe gehörten, mit einer Ausnahme, verwaltungsunabhängige Fachleute an, die nicht als Vertreter oder Vertreterinnen einzelner Kultursparten die Kulturszene repräsentieren, sondern als kulturpolitisch engagierte Persönlichkeiten eine Gesamtschau vermitteln sollten.

Das Interesse der Öffentlichkeit, darunter auch die Medien, am Entstehungsprozess des Kulturförderleitbilds wuchs innert kurzer Zeit deutlich. Es bildeten sich Schatten- und Parallel-Gruppierungen, die – zur Unterstützung resp. aus Misstrauen gegenüber der «offiziellen» Arbeitsgruppe – eigene Konzepte formulierten. Dass kurz vor der Veröffentlichung des staatlichen Entwurfes eine private Gruppe um Markus Kutter – mit einem geschickt inszenierten «Mediencoup» – ein eigenes Leitbild präsentierte, konnte seitens des Erziehungsdepartementes als Erfolg gewertet werden. Der Ansatz, das Engagement möglichst grosser Kreise zu wecken, hatte sich als richtig erwiesen.

Das offizielle Leitbild, das im Februar 1995 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fand in der Presse ein gutes Echo. Die Tatsache, dass der

Regierungsrat das Papier nur im Entwurf in die Vernehmlassung gegeben hatte, spielte keine entscheidende Rolle. Endlich hatte man und frau eine – zumindest offiziöse – Stellungnahme zur künftigen Kulturpolitik des Kantons.

«Kulturstadt statt Kultur!?»

In die Kultur-Diskussion kam Ende Januar 1995 eine völlig neue Perspektive. Die Absicht wurde verlautbart, die beiden Basel könnten sich gemeinsam für das Jahr 2001 um den Titel «Kulturstadt Europas» bewerben. Plötzlich ging es nicht mehr nur um Kultur in Basel und der Region, sondern um Basler Kultur in Europa. Jene, die bereit waren, in der Idee mehr als einen Marketing-Gag zu entdecken, gelangten zuweilen von der Nabelschau zur Selbstreflexion. Die Idee setzte neue Gedanken in Bewegung. Skepsis und Kritik waren bezüglich der «Kulturstadt Europas» anfänglich nur gedämpft zu vernehmen.

Hitzige Stimmung kam dann aber schnell auf, als die Regierung im April 1995 das Museumsleitbild verabschiedete und dabei entschied, das Museum für Gestaltung zu schliessen sowie das Stadt- und Münstermuseum ins Historische Museum zu integrieren. Im allgemeinen Trubel um diese Einschnitte in die Basler Museumslandschaft ging die inhaltliche Diskussion um das Museumsleitbild völlig unter. Die beiden Kulturabteilungen in Basel und Liestal, welche die Bewerbung als «Kulturstadt Europas» vorzubereiten hatten, gerieten mit ihrer Arbeit plötzlich unter massiven Rechtfertigungsdruck. Die regionale Dimension der partnerschaftlichen Bewerbung beider Halbkantone wurde in der Hitze des städtischen Gefechtes kaum mehr wahrgenommen. Bewerbung als «Kulturstadt Europas» und Museumsschliessungen – das wollte nicht zusammengehen.

Auch der Entwurf zum Kulturförderleitbild erschien plötzlich in einem anderen Licht, und die weitere öffentliche Diskussion darüber fand unter neuen Vorzeichen statt. Die «öffentlichen Kulturtage» in der Kulturwerkstatt Kaserne Anfang Mai wurden denn auch zu einer entsprechend eindrücklichen Veranstaltung – vom flammenden Aufruf Alexander Pereiras, dem Verwaltungspapiertiger «Zähne einzusetzen», über lebhaftige Gruppenarbeiten bis zur emo-



△

Der Staat schafft Voraussetzungen für eine lebendige Kultur – die Ausgestaltung liegt bei den Kulturschaffenden.

tionsgeladenen Schlussdiskussion im Plenum mit Verabschiedung einer Anti-Spar-Resolution zuhanden des Regierungsrates.

Da der Regierungsrat jedoch auf seine Spar-Beschlüsse nicht zurückkommen wollte, verebten auch die Wellen des Protestes nicht. In zahlreichen Schreiben an die Regierung, in Leserbriefen und an öffentlichen Kundgebungen, in Petitionen und Resolutionen wurde dem Unmut Luft gemacht. Der Entwurf zum Kulturförderleitbild geriet dabei zeitweise in den Hintergrund – was angesichts der realen kulturpolitischen Situation auch nicht erstaunen konnte. Die Kritik an den Sparmassnahmen wurde vielfach zum Anlass genommen, die «unhaltbaren Zustände» bei der staatlichen Verwaltung im allgemeinen und im Erziehungsdepartement im besonderen anzuprangern. Der

Ruf nach dem starken Mann, in Gestalt des «Kulturintendanten», und nach den vielbesagten «Visionen» des Kulturdirektors erschallte und liess das Bild Münchhausens, der sich und sein Kulturross am eigenen Zopf aus dem Sparsumpf zieht und in das trockene Kulturzentrum reitet, als plastische und greifbare Lösung erscheinen. Soweit das «Leitbild für die staatliche Kulturförderung» angesprochen war, war es nun als allumfassendes «Kultur-Konzept für Basel» gefordert.

Wessen Kultur, wessen Verantwortung?

Damit war die grundsätzliche Frage gestellt nach der Verantwortung für die städtische Kultur als solche. Zur Verantwortung des Staates hält der offizielle Entwurf zum Leitbild fest: «Die Förderung der Kultur ist ... eine Staats-



aufgabe von verfassungsmässigem Rang.» Die Staatsorgane, allen voran die Mitglieder der Regierung, sind damit in die Pflicht genommen, Kultur zu fördern und zu ermöglichen. Der Respekt vor kulturellem Schaffen und die Sorge um die Vielfalt des kulturellen Lebens sind Voraussetzungen, um diese Pflicht zu erfüllen. Der Staat muss zudem seine Strukturen so einrichten, dass die kulturellen Initiativen nicht *bürokratisch verwaltet*, sondern *flexibel gefördert* werden. Die öffentliche Reflexion hilft dabei, allfällige Defizite zu erkennen, Restrukturierungen konkret zu durchdenken und damit die Flexibilität zu gewährleisten.

Der Einfluss des Staates muss aber dort seine Beschränkung finden, wo die Frage nach der Form, dem Inhalt und letztlich der Ausstrahlung des Kulturschaffens gestellt ist. Dies er-

scheint in bezug auf Mitglieder eines Regierungskollegiums als Binsenweisheit. Wie aber steht es mit den von der Regierung eingesetzten staatlichen Kulturbeauftragten? Ist das aktive Interesse für private Initiativen und das konstruktive Eingehen darauf Inhalt ihres Auftrags, oder sollte ihr Auftrag zudem das *Gestalten* («statt verwalten») *der Kultur* umfassen? Dieses vordergründige Spiel um Worte birgt in seinem Grunde elementare Fragen des Gesellschaftsverständnisses und der Verantwortlichkeit des und der Einzelnen für die (Kultur-)Gemeinschaft.

Mit ihrer Wahl werden Politiker regelmässig zu «*Hoffnungsträgern*» hochstilisiert, und es ergeht – auch im Kulturbereich – an sie die Aufforderung, inhaltliche «*Visionen*» zu entwickeln. Dies macht oft deutlich, dass jene, die nicht bereit

△ Auch bei den Sinfonieorchestern wurde Kultur zum kontrovers diskutierten Thema.

sind, ihre Hoffnungen selber zu tragen, auch keine eigenen <Visionen> entwickelt haben. Die allseitige Frustration bei Ausbleiben des delegierten Aufbruchs ist vorprogrammiert.

Zur weiteren Ernüchterung trägt bei, dass auch ein staatliches Sparprogramm letztlich Ergebnis eines demokratischen Vorgangs ist. In der Regel wollen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker schliesslich nach Ablauf der Legislaturperiode wiedergewählt werden, was seinerseits in Erinnerung ruft, dass die <Sparwütigen> in demokratischer Volksabstimmung gewählt worden sind. Dass allerdings Demokratie Minderheitenschutz beinhaltet, und dass deshalb gerade die Kultur des besonderen Schutzes bedarf, liegt ebenfalls auf der Hand. Hier ist in Basel-Stadt ein zusätzliches Engagement des Parlaments gefragt. Dass sich in der Legislative des Kantons eine ständige Kulturkommission, als Ansprechpartnerin oder Basis einer geschlossenen <Kulturlobby>, bis anhin nicht gebildet hat, ist wohl kaum durch Sparmassnahmen bedingt.

Die Verantwortung für die Kultur in der städtischen Region lässt sich nicht teilen; sie trifft alle am kulturellen Leben Interessierten und Beteiligten gleichermassen. Angesprochen sind dabei nicht nur die Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen. Diese sind aber aufgerufen, sich gerade in Sparzeiten vermehrt auch über die politische Funktion ihrer Arbeit und über ihre Rolle in der Kulturpolitik bewusst zu werden. Eine politische <Lobby> für Kultur ist herstellbar, bedingt indes einen Konsens – nicht vorwiegend über Inhalte als vielmehr über die Bedeutung und Kraft des <schwer Greifbaren>; mithin bedingt sie auch Solidarität.

Verantwortung für die regionale Kultur tragen auch die hier ansässigen Wirtschaftsunternehmen. Das eingeschränkte Verständnis des Spon-

soring als Kommunikationsinstrument des Marketing wird der zunehmenden Politisierung von Unternehmensentscheidungen, etwa in bezug auf Standortfragen, nicht mehr gerecht. Durch seine Beiträge an das kulturelle Leben nimmt ein Unternehmen einen Teil seiner sozialen Verantwortung als Arbeitgeber in der Region wahr. Die Wirtschaft wird mithin zu einem gestalterischen Faktor des kulturellen Lebens. Der <Pay-back> für das Sponsoring ist dabei zwangsläufig nicht mehr allein in quantifizierbaren Werbe-Einheiten zu messen.

Da Kultur dort entsteht, wo Menschen zusammenleben, schert sie sich auch nicht um rechtlich abgegrenzte Territorien. Selbst wenn sie in der Stadt <produziert> wird, beteiligt sie die Bewohnerinnen und Bewohner der ganzen in- und ausländischen Agglomeration. Die einzelnen Gemeinwesen – in der Stadt und in der Region – tragen Verantwortung für einander und für ihre gemeinsame Kultur. Kulturpolitik lässt sich nicht auf 38 Quadratkilometer beschränken, und auch nicht auf die 518 Quadratkilometer des Baselbiets.

Aussagekräftige Konzeptpapiere können die am Kulturleben Teilhabenden jeweils nur für sich selbst verfassen. Das Erziehungsdepartement hat dies für seinen Teil mit dem <Leitbild für die staatliche Kulturförderung des Kantons Basel-Stadt> versucht. Den Wunsch nach einem umfassenden <Kultur-Konzept für Basel> können sich die am kulturellen Leben Beteiligten (die Staatsverantwortlichen gehören unstrittig dazu) nicht durch eine Schrift erfüllen, sondern nur durch ständige und lebendige Auseinandersetzung. Vorschläge zur Wiederentdeckung des Verbindenden in der Kultur sind gemacht und deuten – in schlagwortartiger und mediengerechter Verpackung – als <Vernetzung> oder <contrat culturel> in die richtige Richtung.